

Pressemitteilung

Immobilienwirtschaft zu den Baugenehmigungen im vorigen Jahr: Neue Bundesregierung muss Neustart beim Wohnungsbau schaffen

Berlin 18.2.2025 – Die Immobilienwirtschaft ruft angesichts der vorläufigen Statistik der Baugenehmigungen für 2024 zu einem Neustart der Wohnungsbaupolitik auf. „Deutschland darf sich nicht an Wohnungsmangel gewöhnen, sondern es braucht neue Antworten der Politik auf eine verschärfte Lage“, sagte ZIA-Hauptgeschäftsführerin Aygül Özkan. „Wir brauchen jetzt zwingend einen politischen Schulterschluss im Zeichen von Beschleunigung, Deregulierung und Bürokratieabbau.“ Der künftigen Bundesregierung müsse ein echter Neustart gelingen. Auch die Länder und die Kommunen müssten bei einem politischen Kraftakt ihren Part übernehmen.

Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl genehmigter Wohnungen in 2024 gegenüber dem Vorjahr um 43.700 zurückgegangen – das ist der niedrigste Stand seit 2010. In Deutschland wurde 2024 der Bau von nur 215.900 Wohnungen genehmigt. Das waren 16,8 Prozent weniger als 2023. Der ZIA hatte bereits in der vorigen Woche im Frühjahrsgutachten der „Immobilienweisen“ eine Entwicklung etwa in dieser Größenordnung prognostiziert. Özkan: „Jetzt ist offiziell, was sich schon klar abzeichnete: Die Zahl der genehmigten Wohnungen hat im vorigen Jahr den niedrigsten Stand seit 14 Jahren erreicht.“ Die „magische Zahl“ von 400.000 Wohnungen pro Jahr, die von der noch amtierenden Koalition angestrebt wurde, sei damit deutlich verfehlt worden.

Wichtige Hebel aus Sicht des ZIA:

- Auf allen politischen Ebenen Ernst machen mit einem **Kurs der Deregulierung**
- **Bauland aktivieren** durch Flächenbereitstellung, Gestehungskosten senken
- **Vereinfachte Bauvorschriften konsequent angehen**, zum Beispiel über „Gebäudetyp E“
- **Sonderregeln im Baugesetzbuch**, die für Flüchtlingsunterkünfte gelten, ohne Abstriche auf Wohnungsbau ausdehnen
- Mit „Worst-first“-Ansatz in der Taxonomie energetisches **Sanieren der Immobilien mit schlechten Energieeffizienzen vorantreiben**

- Zumindest temporär die **Grunderwerbssteuer** für alle Immobilienklassen senken oder auf null fahren, auf kommunale **Abschöpfungsmodelle** verzichten

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel, Wien und Zürich – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 17

E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de

